



Rechtsausschuss

23. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.35 Uhr

Stellv. Vorsitz: Hartmut Ganzke (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller, Marion Schmieder (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt – da das Protokoll der öffentlichen Anhörung des federführenden Innenausschusses vom 5. Dezember 2013 noch nicht vorliegt –, Tagesordnungspunkt 7 – Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit in Nordrhein-Westfalen – in der Sitzung des Rechtsausschusses am 12. Februar 2014 zu behandeln. – Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

- 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Ahaus sowie weiterer 13 Städte und Gemeinden, § 8 Abs. 3 und 5 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2012) vom 28. November 2012 (GV. NRW. S. 568 ff.) verletze die Vorschriften der gemeindlichen Selbstverwaltung**

8

VerfGH 24/13

Vorlage 16/1503

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren VerfGH 24/13 keine Stellungnahme abzugeben.

- 2 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Gemeinde Alpen sowie weiterer 67 Städte und Gemeinden, §§ 2 Abs. 1, 3 Nr. 2, 5, 6, 7, 8, 10, 11 und 12 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2012) vom 28. November 2012 (GV. NRW. S. 568 ff.) verletze die Vorschriften der gemeindlichen Selbstverwaltung**

9

VerfGH 19/13

Vorlage 16/1562

Vorlage 16/1167

Vorlage 16/1183

Information 16/132

Information 16/149

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren VerfGH 19/13 keine Stellungnahme abzugeben.

- 3 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Gemeinde Alpen sowie weiterer 67 Städte und Gemeinden, §§ 2 Abs. 1, 3 Nr. 2, 5, 6, 7, 8, 10, 11 und 12 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2013) vom 21. März 2013 (GV. NRW. S. 167 ff.) verletze die Vorschriften der gemeindlichen Selbstverwaltung**

10

VerfGH 22/13

Vorlage 16/1245

Information 16/133

Information 16/148

Information 16/155

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren VerfGH 22/13 keine Stellungnahme abzugeben.

- 4 Organstreitverfahren der PIRATEN-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und der ihr angehörenden 19 Abgeordneten gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Erlass der § 8 Abs. 1 Satz 2 und 3, § 26 Abs. 1 1. Alt. des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen durch das Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen vom 21. Juni 2013, GV. NRW. S. 367**

11

VerfGH 25/13

Vorlage 16/1549

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem Organstreitverfahren der PIRATEN-Fraktion – VerfGH 25/13 – eine Stellungnahme abzugeben.

- 5 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen und anderer Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums**

12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4231

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4231 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP zu.

- 6 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen**

14

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass er, was die Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk anbelangt, nachrichtlich beteiligt wird.

7 Stalking-Opfer besser schützen 15

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4578

Der Ausschuss beschließt, das von der CDU-Fraktion beantragte Sachverständigengespräch, bei dem ein Sachverständiger pro Fraktion teilnehmen soll, durchzuführen.

8 Rechte minderjähriger Kinder inhaftierter Elternteile einheitlich in NRW gewährleisten 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3453
APr 16/403

Der Ausschuss beschließt, sich mit dem Thema in seiner Sitzung am 14. Februar 2014 abschließend zu befassen.

9 Gewaltexzesse in der JVA Wuppertal-Ronsdorf 20

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1583

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

10 Polizeiliche Durchsuchungsaktion in der JVA Remscheid am 22. November 2013 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1574

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

11 Fehlerhafte Berechnung der Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in Nordrhein-Westfalen 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1582

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis. – Vonseiten der CDU wird darum gebeten, durch eine schnelle Änderung der Verordnungslage Klarheit zu schaffen.

12 Münsteraner Staatsanwälte klagen gegen Behördenleitung: Mitbestimmungsrechte des Personalrats unterlaufen? 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1581

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

13 Sicherheitsdefizite bei Gerichten in NRW 35

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 16/42

Der Bericht der Landesregierung wird zur Kenntnis genommen.

14 Verschiedenes 38